

Dokumentation

Session I.1 Wohnen: Neue umweltgerechte und attraktive Wohnformen im Umland

UBA Forum 2021

UMLANDSTADT umweltschonend

Nachhaltige Verflechtung von Wohnen,
Arbeiten, Erholung und Mobilität

Digitalkonferenz, 23. November 2021

Session I.1 Wohnen:

Neue umweltgerechte und attraktive Wohnformen im Umland



Begrüßung und Einführung

Detlef Grimski, Umweltbundesamt

Detlef Grimski begrüßt die Teilnehmenden und führt in die Session ein. Ziel ist es, die Empfehlungen des Umweltbundesamtes zu diskutieren und über mögliche Zielkonflikte zu sprechen. Zentrale Frage ist, was getan werden muss, damit umweltgerechtes Wohnen und Leben im Umland von Städten und Gemeinden von den Menschen als schön und attraktiv empfunden wird. Das UBA möchte auch Anregungen erhalten, welche Beiträge es selbst leisten kann und soll, um dies zu erreichen.



Herausforderungen und Empfehlungen für die UMLANDSTADT im Bedürfnisfeld Wohnen

Dr. Susanne Schubert, Umweltbundesamt

Dr. Susanne Schubert stellt in ihrer Präsentation dar, dass die Suburbanisierungsdynamik in der UMLANDSTADT neue Lösungen im Bedürfnisfeld Wohnen erfordert. Im Zentrum stehen die Empfehlungen des UBA für interkommunal abgestimmte Wohnraumentwicklung, die Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens und die Entwicklung und Verbreitung von neuen Bildern für umweltschonendes Wohnen in der UMLANDSTADT.



Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als regionale Aufgabe am Beispiel der Region Hannover

Sonja Beuning, Fachbereich „Planung und Raumordnung“ in der Region Hannover

Sonja Beuning stellt in Ihrem Vortrag die Strategien und Maßnahmen der Region Hannover vor, um einen koordinierten und bedarfsgerechten Wohnungsbau zu erreichen. Dabei stehen das Wohnraumversorgungskonzept mit Siedlungs- und Dichtemodell, das regionale Wohnbauflächenkataster und die Wohnbauprämie speziell für Mehrfamilienhäuser im Fokus.



Kein Platz mehr für das Einfamilienhaus? Von Wohnformen und Wohnnormen

Dr. Annett Steinführer, Thünen-Institut

Dr. Annett Steinführer beleuchtet in ihrem Vortrag das Einfamilienhaus als nach wie vor materialisierte Form von Ländlichkeit, die für einen Großteil der Bevölkerung eine immer noch beliebte bauliche Hülle der Lebensform „Kernfamilie“ darstellt. Der Vortrag macht deutlich, dass die UBA Vision des „verdichteten Bauens“ jenseits des Einfamilienhauses der Vorstellung vieler Menschen entgegenstehen könnte, wonach das Eigenheim die letzte Stufe einer normativ vorgestellten Wohnkarriere darstellt und gleichzeitig mit gesellschaftlichem Prestige und Alterssicherung verbunden wird.

Diskussion/Ergebnisse der Session I.1

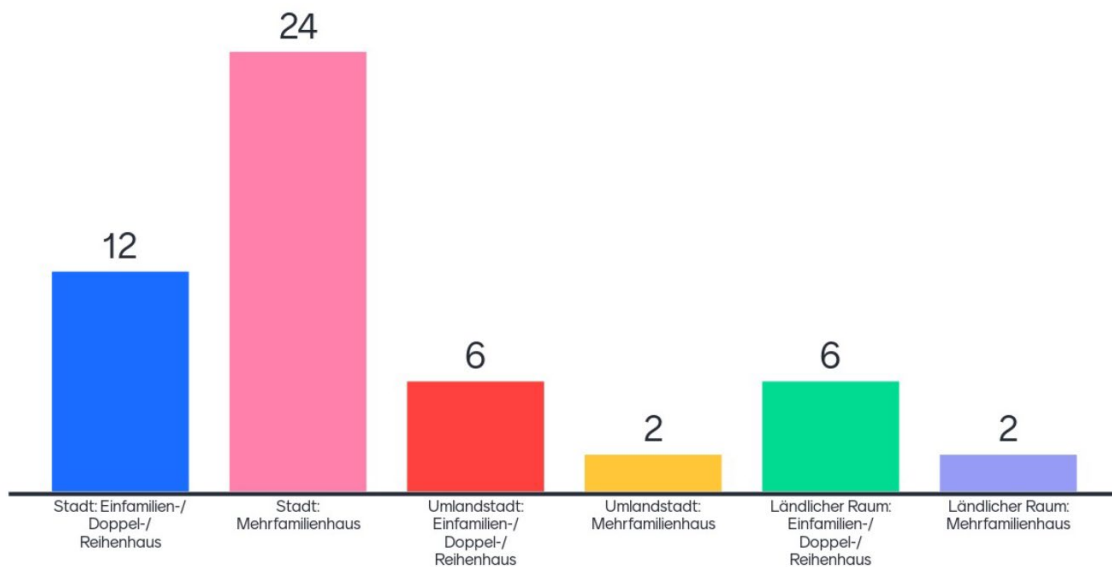
Die rege und auch im Chat geführte Diskussion macht die Vielschichtigkeit und Emotionalität der Thematik Bauen und Wohnen deutlich. Die Vorschläge des UBA zum umweltschonenden Wohnen werden durchgängig zustimmend kommentiert. Allerdings sind viele Hinweise und Kommentare von genereller Natur und beziehen sich nicht nur auf das Bauen und Wohnen in der UMLANDSTADT. Aufgegriffen und kritisch kommentiert wird beispielsweise die im Sondierungspapier der angehenden Koalitionsparteien SPD/Die Grünen/FDP enthaltene Zielsetzung, 400.000 Wohnungen pro Jahr neu zu bauen. In Frage gestellt wird zum einen, ob Neubau in diesem Maße wirklich erforderlich ist (vgl. Ergebnisse des Wohnungsbedarfsmodells vom Institut der Deutschen Wirtschaft IW von 19.11.2021, <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/ralph-henger-michael-voigtlaender-enge-staedte-leeres-land.html>).

Zum anderen wird konstatiert, dass auch die Aktivierung des Bestandes stärker in den Blick genommen werden muss und dass bei der Konzentration auf den Neubau im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel möglicherweise schon der Leerstand von morgen produziert wird. Auch der Bund wird in die Pflicht genommen mit dem Hinweis, dass auf bundeseigenen Grundstücken bevorzugt bezahlbarer und umweltverträglicher Wohnraum geschaffen werden könnte. Zur Lenkung der Nachfrage nach umweltgerechten Wohnformen sollten ergänzend zu den Empfehlungen des UBA auch steuerliche Instrumente in den Blick genommen werden. Gerade in der UMLANDSTADT wird die Wohnform Einfamilienhaus unter sozialen Aspekten kritisch kommentiert. Je weniger bezahlbarer Mietwohnraum angeboten wird, desto schwieriger wird es, wohnungssuchendes Personal für Kindergärten, Altenpflege, Feuerwehr etc. zu gewinnen. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Problematik des Flächenverbrauchs für das Wohnen. In diesem Zusammenhang wird angemerkt, dass zur Mobilisierung vorhandener Innenentwicklungspotenziale auch in der UMLANDSTADT das bodenpolitische Instrumentarium geschärft werden sollte (vgl. Bündnis Bodenwende, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bundestagswahl/Buendnis_Bodenwende_Wer_wir_sind.pdf). Abschließend tragen die Teilnehmenden noch zahlreiche Anregungen an das UBA heran, um die Vision des umweltschonenden Wohnens in der UMLANDSTADT in den Köpfen der Menschen und der Politik zu verankern. Genannt werden neben „weichen Maßnahmen“ wie der Initiierung von Modellprojekten, der Informationsvermittlung und Verbreitung von Best-Practice-Beispielen, der Erstellung von Handlungshilfen oder der Initiierung von Forschungsarbeiten zur Freiraumsicherung auch einige ganz konkrete Anliegen, wie die Abschaffung von § 13 b BauGB, die Initiierung einer Bundesraumordnungsplanung Siedlungsentwicklung, die verbindliche

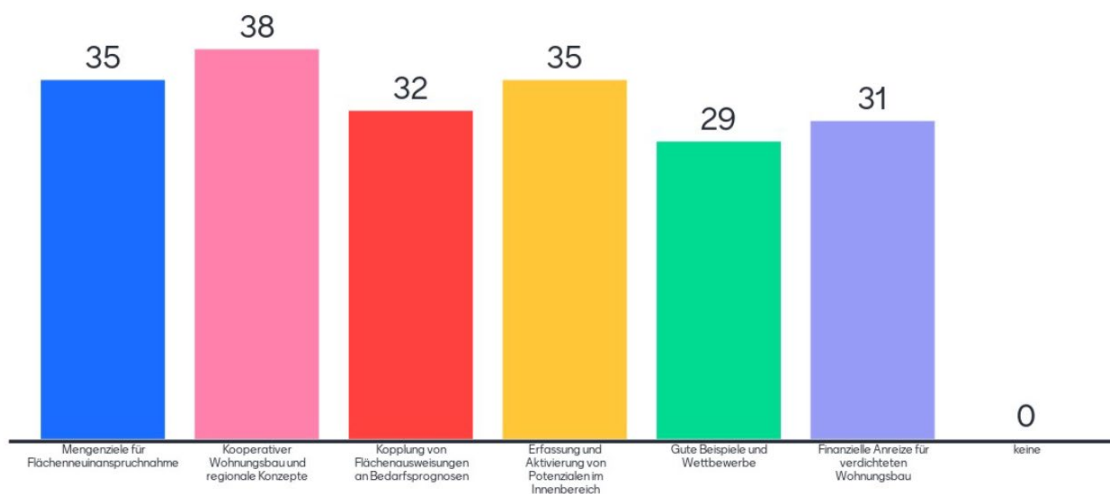
Einführung regionaler Mengenziele für den Flächenverbrauch sowie die Wiederbelebung der Debatte um einen Flächenzertifikatehandel. Zudem wird das UBA ermutigt, die Vision zum verdichteten Wohnen und Leben weiterzuentwickeln und Raum für Diskussion und Austausch zu bieten.

Ergebnisse der Mentimeter-Umfragen

1. Wo und wie wohnen Sie persönlich? (n= 52)



2. Welche Rahmenbedingungen sind für ein zukunftsfähiges, umweltverträgliches und ressourcen-schonendes Wohnen in der UMLANDSTADT erforderlich? (n= 61)



3. Welchen Beitrag sollte das UBA leisten? (n= 15)

Information und Schulung	Den Bund bearbeiten, damit er verbindliche Rahmenbedingungen schafft	Bitte das Instrumentarium der kommunalen Bodenpolitik in den Blick nehmen!
strengere Vorgaben machen und die Umsetzung kontrollieren	Flächenhandel neu thematisieren	Gute Beispiele zeigen und in die Fläche tragen. Erkenntnisgewinne haben wir mittlerweile sehr viele und gute, aber es muss in die Umsetzung
Anregungen zu interkommunalen Flächenplanung und der Möglichkeit, dies an die Umweltziele zu knüpfen	Sich intensiv für einen geringeren Flächenverbrauch einsetzen.	neue Visionen verdichteten Wohnen und Lebens (weiter-)entwickeln
Sozial inklusive, ökologisch wertvolle, ästhetisch anspruchsvolle, partizipative Bauvorhaben in suburbanen Kontexten als Modellvorhaben initiieren und begleiten.	Eng mit den Einrichtungen von Raumordnung, Landes- und Regionalplanung zusammenarbeiten. Aus Sicht des Beirats für Raumentwicklung beim BMI wäre ich an Kooperation interessiert. Kontakt: Jörg Knieling, HCU HH	Entwicklung von Handreichungen für Landkreise und Kommunen zur Orientierungsberatung von älteren EFH Besitzern um zusätzliche Wohneinheiten entweder durch Umzug oder Wohnungsteilungen in Kombination mit energetischer Sanierung zu schaffen.
Regionalisierung von Mengenzielen zur Flächeninanspruchnahme ermitteln und verbindlich machen	Unbedingt §13b abschaffen, sehr richtige Forderung, da widersinnige Regelungswirkung mit Förderung von Wohnungsbau in nicht integrierten ländlichen Lagen.	Raum für Diskussionen und Austausch bieten, um die verschiedenen Visionen und Realitäten zwischen verschiedenen Akteuren aus verschiedenen räumlichen Kontexten zusammenzubringen und die vielen offenen Fragen zu klären
Bundes-Wettbewerbe und Best-Practice-Beispiele öffentlich zugänglich machen	Ggf. Initiative für einen Bundesraumordnungsplanung Siedlungsentwicklung. Ansatzpunkt könnten die 400.000 WE im Koalitionsvertrag sein. Dies bedarf einer übergeordneten Steuerung (formell und informell).	Stärkung der Freiraumsicherung und Freiraumentwicklung durch Forschungsaktivitäten des UBA (z.B. regionale Freiraumsysteme, Akteurskoalitionen etc.).